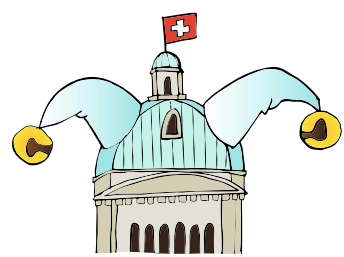


Kunterbund Maurer versteht nur Bahnhof

Es war ein historischer Moment: Zum ersten Mal empfing am Donnerstag ein US-Präsident den Schweizer Bundespräsidenten im Weissen Haus. Leider wurde das Ereignis von einer PR-Panne überschattet: Ueli Maurer gab dem US-Sender CNN nach dem Treffen mit Donald Trump ein



Interview. Live. Auf Englisch. Das war ein Fehler, wie sich nach wenigen Sekunden zeigte. Offensichtlich verstand der Bundespräsident nicht, was die Moderatorin sagte – und blickte nach jeder Frage hilflos zu seinem Kommunikationschef Peter Minder, der ihm die Fragen abseits der Kamera, aber deutlich hörbar übersetzte und sogar die Antworten vorsprach.

Die Frage, die sich danach alle stellten: Wie konnte es Maurers Entourage zulassen, dass der Magistrat ein Live-Interview in englischer Sprache gibt? Wer sich von Maurers Chef-Sprecher am Folgetag eine selbstkritische Manöverkritik erhofft hatte, wurde enttäuscht: Minder griff stattdessen den TV-Sender an: «Wir wurden von CNN völlig überrumpelt», sagte Minder. Von einer Live-Schaltung mit «schlechter Tonqualität» sei nie die Rede gewesen. «Hier wurde journalistisch schludrig gearbeitet.» Es sei auch nicht richtig, Maurer schlechte Englischkenntnisse zu unterstellen. Oder wie der Bundespräsident sagen würde: «I can nothing say to this issue.» (saw)

Laubers Berater auf Bärenjagd

Gericht Mitten in die Krise der Bundesanwaltschaft platzt ein Prozess, der unangenehme Details enthüllen wird. Im Mittelpunkt steht ein ehemaliger Schweizer Ermittler und Berater von Bundesanwalt Michael Lauber.

Andreas Maurer

Zwanzig Jahre lang war er ein Top-Ermittler im Sold der Bundeskriminalpolizei. Jetzt ist er gezwungen, selber wie ein Verbrecher aufzutreten. Mit einem Pseudonym: Viktor K. Am 4. Juni steht der 59-jährige vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona. Er wehrt sich gegen einen Strafbefehl der Bundesanwaltschaft. Früher erteilte sie ihm Aufträge, jetzt eine Geldstrafe. Sie wirft ihm Korruption vor. Von 2014 bis 2017 soll er in seiner Amtstätigkeit von den russischen Behörden nicht gebührende Vorteile angenommen haben. Denn der russische Staat finanzierte seine Hotelkosten und Jagdausflüge in Russland.

Der Prozess kommt für die Bundesanwaltschaft zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Denn vor Gericht wird einer ihrer Graubereiche ausgeleuchtet: die Methoden der Justizdiplomatie. In komplizierten Kriminalfällen erzielen Strafverfolger meist keinen Durchbruch, wenn sie der Strafprozessordnung als einziger Leitlinie folgen. Manchmal ist unorthodoxes Vorgehen gefragt. Doch wie weit darf man gehen? Bundesanwalt Michael Lauber droht die Abwahl, weil er sich mit Fifa-Boss Gianni Infantino zu einem informellen Gespräch getroffen hat und weder in den Akten noch im Gedächtnis ein Protokoll ablegte.

Viktor K. gehörte zu Michael Laubers engsten Kollegen. Zusammen reisten sie nach Russland und schliefen im gleichen Hotel. Viktor K. war sein Berater in strategischen Russland-Fragen. Was in der Fifa-Affäre zum Skandal wurde, ist in der Russland-Affäre nicht einmal der Rede wert: Natürlich existieren nicht zu allen informellen Treffen Aktennotizen. Bundesanwalt

Lauber wollte den Fall diskret per Strafbefehl erledigen lassen. Weil der Beschuldigte diesen nicht akzeptiert hat, kommt es jetzt zum Showdown. Viktor K. hat nicht vor, diplomatisch zu schweigen. Im Gespräch mit dieser Zeitung nennt er nun die Hintergründe.

Der heikelste Anklagepunkt

Über Lauber sagt Viktor K.: «Er hat immer signalisiert, dass er hinter mir steht. Dass er mich dennoch fallen gelassen hat, war bitter für mich.» Vielleicht könne man es so nachvollziehen: «Das Risiko ist für ihn zu gross, sein Schicksal mit meinem zu verknüpfen.» Der heikelste Anklagepunkt für Viktor K. ist die Bärenjagd. Auf Einladung der russischen Generalstaatsanwaltschaft flog Viktor K. nach Moskau. Er ging davon aus, dass man wie immer in ein Resort in der Nähe der Hauptstadt gehen werde. Und er dachte, man werde nur Wildschweine jagen.

Doch nach der Ankunft in Moskau erfuhr er, dass die Reise nun mit dem Flugzeug weiter nach Kamtschatka gehe, eine Halbinsel nördlich von Japan. Viktor K. erklärt sich: «Ich nahm das Angebot für Jagdferien an, um Probleme mit der russischen Generalstaatsanwaltschaft zu regeln. Diesen Zweck hat die Reise erfüllt.» Doch hätte er den Umfang der Reise im Voraus gekannt, hätte er sie nicht angenommen. Die Jagdausflüge unternahm er zur Beziehungspflege. Zuvor sei er zweimal von der Bundesanwaltschaft zu Teilnahme bestimmt worden. Die Begründung: Für ihn sei das unproblematisch, da er als Berater keine Entscheidfunktion hatte.

Viktor K. erklärt diese Form der Justizdiplomatie an einem Beispiel: «Früher hat man immer



Beziehungspflege nach russischer Art: Man geht zusammen Bären jagen. Mittendrin: ein Schweizer Ermittler. Bild: Getty

gesagt, mit den Spaniern könne man nicht zusammenarbeiten. Dann haben wir die spanische Staatsanwaltschaft zweimal nach Zermatt zum Skifahren eingeladen.» Er habe die spanische Mentalität verstanden, weil er auch diese Sprache mit allen Feinheiten beherrsche. Er sagt: «Seither funktioniert die Zusammenarbeit perfekt. In unserer Branche erhält man fast keine Informationen, wenn kein Vertrauensverhältnis besteht.» Nur Deutschland funktioniere anders: «Wenn man ein Fax nach Berlin schickt, erhält man tatsächlich eine Antwort.» Zu Russland habe die Schweiz so gute Beziehungen aufgebaut wie kein anderer europäischer Staat.

Viktor K.: «Ich war dafür zuständig, weil ich die russische Sprache, Kultur und Mentalität sehr gut kenne.» Immer dann, wenn die Russen in die Schweiz kamen, logierten sie im «Bellevue». Die Schweiz bezahlte die Unterkunft. Der einladende Staat zahlt, das sei die Abmachung mit Russland seit 20 Jahren. Doch ihm wird das nun zum Verhängnis. Eine Episode aus dem Restaurant Rosengarten oberhalb des Berner Bärengrabens illustriert das Dilemma. Die Bundesanwaltschaft traf sich dort einst mit Funktionären der russischen Generalstaatsanwaltschaft. Der Schweizer Delegationsleiter liess den Wein vom Kellner abmessen: Jeder Gast sollte exakt einen Deziliter erhalten. Viktor K. erzählt: «Ich bin vor Scham fast im Boden versunken.» Für einen Russen gebe es nichts Schlimmeres als das Gefühl, das Gegenüber sei geizig. Viktor K. sagt: «Wenn die Schweiz auf diese Weise die internationale Ermittlungszusammenarbeit pflegen will, kann sie nur noch mit den Holländern und den Schweden kooperieren.»

Caronis umstrittener Vorschlag

Vaterzeit Gewerkschaften und Verbündete fordern einen vierwöchigen staatlich bezahlten Vaterschaftsurlaub. FDP-Ständerat Andrea Caroni plädiert für eine andere Lösung – stösst damit aber auf Ablehnung.

Vier Wochen Vaterschaftsurlaub für alle, bezahlt vom Staat: Voraussichtlich in der Sommersession wird das Parlament über die Volksinitiative debattieren, mit der Gewerkschaften sowie Männer-, Frauen- und Familienverbände frisch gebackenen Vätern zusätzlich zwanzig freie Tage gewähren möchten. Bei der Bevölkerung scheint das Begehren auf Zustimmung zu stossen: In einer Umfrage, welche der Gewerkschaftsdachverband Traavailsuisse in Auftrag gab, sprachen sich 81 Prozent der Teilnehmer für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub aus.

Der Ausbau des Sozialstaates würde über die Erwerbsersatzordnung finanziert und gemäss der Botschaft des Bundesrats jährlich 420 Millionen Franken kosten. Die Sozialkommission des Ständerats (SGK) hat der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenübergestellt, der einen zweiwöchigen Urlaub vorsieht. Für Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) braucht es aber

weder einen vier- noch zweiwöchigen Urlaub. Anstatt die Allgemeinheit zur Kasse zu bitten, plädiert Caroni für einen «Do it yourself»-Urlaub: Die Neoväter sollen die eigenen Ferien dann beziehen, wenn das Kind auf die Welt kommt. «Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf vier Wochen Ferien, viele erhalten fünf. Wenn sie diese für die Familie einsetzen, ist die Forderung nach einem vierwöchigen Vaterschaftsurlaub bereits erfüllt», sagt Caroni.

Kommission sieht keinen Handlungsbedarf

Mit seiner parlamentarischen Initiative möchte Caroni, dass die Arbeitnehmer das explizite Recht erhalten, die Ferien rund um die Geburt ihres Kindes zu beziehen. Denn grundsätzlich darf der Arbeitgeber bestimmen, wann sich die Arbeitnehmer erholen dürfen. Die Sozialkommission des Ständerats hat sich allerdings mit 6 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen gegen Caronis Vorschlag ausgesprochen, wie die Parla-

«Was gibt es Schöneres, als freie Tage mit der Familie zu verbringen?»



Andrea Caroni
Ständerat (FDP/AR)

mentsdienste gestern mitteilten. Die SGK findet, dass die Unternehmen bereits heute Rücksicht auf entsprechende Wünsche der Angestellten nehmen. Es bestehe kein Handlungsbedarf für neue Urlaubsmodelle.

Kritik aus der CVP und aus der SP

Der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas, der einst im Parlament vergeblich für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub gekämpft hatte, bezeichnet Caronis Vorschlag als «verzweifelten Versuch», eine Lösung zu präsentieren, die keine Lösung sei. «So werden die Familien nicht gestärkt», sagt er. Der Berner SP-Nationalrat Adrian Wüthrich, Präsident der Gewerkschaft Traavailsuisse und Mitglied des Initiativkomitees für einen Vaterschaftsurlaub, hält Caronis Vorstoss derweil für einen «kreativen Beitrag». Wüthrich würde es begrüßen, wenn Väter die Gewissheit hätten, dass sie ihre Ferien in einem gewissen Zeitraum um die

Geburt beziehen könnten. Als Alternative zum staatlich finanzierten Vaterschaftsurlaub taue Caronis Idee aber nicht, so Wüthrich: «Ferien sind dafür da, sich von der Arbeit zu erholen, und nicht, um den anspruchsvollen Start ins Familienleben zu meistern», sagt der Vater von zwei Kindern im Schulalter.

Caroni nahm bei der Geburt von seinen zwei Kindern selber Ferien und baute Überzeit ab. Er kontert Wüthrichs Einwände: «Natürlich sind Ferien mit Kleinkindern fordernder als ohne – das ist aber nicht nur bei Neugeborenen so.» Mit der Initiative steige einfach das Ferienguthaben auf acht Wochen. Caroni findet es kein Opfer, reguläre Ferien für den eigenen Nachwuchs zu beziehen: «Was gibt es Schöneres, als freie Tage mit der Familie zu verbringen?», fragt er. Bloss: Die politischen Chancen für Caronis Vorstoss sind nach dem Verdikt in der SGK gesunken.

Kari Kälin

Bauernpräsident ist skeptisch

Freihandelsgespräche Bauernpräsident Markus Ritter bezweifelt, dass der angebliche Durchbruch von Bundespräsident Ueli Maurer in Washington zum schnellen Abschluss eines Freihandelsabkommens führen wird. Man werde Anliegen aber frühzeitig einbringen, sagt Ritter. Bundespräsident Ueli Maurer war am Donnerstag im Weissen Haus mit US-Präsident Donald Trump zusammengetroffen. Ein Gesprächsthema war ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Schweiz.

Die Schweizer Bauern waren 2006 massgeblich dafür verantwortlich, dass ein fast fertiger Vertrag letztlich Schiffbruch erlitt. Die Angst vor einer Schwemme von landwirtschaftlichen Billigprodukten aus den USA war bei den hiesigen Landwirten damals zu gross. Auch heute reagiert Ritter zurückhaltend auf die neueste Entwicklung. Zudem erinnert er daran, dass die Wirtschaftskommission des Nationalrats beschlossen hat, die Landwirtschaft aus einem Freihandelsabkommen mit den USA auszuklammern. (sda/red)